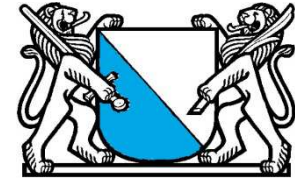
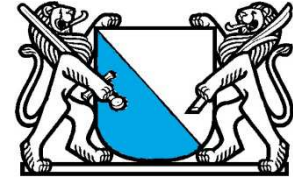


Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich

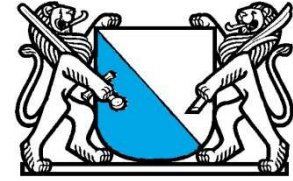


Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich



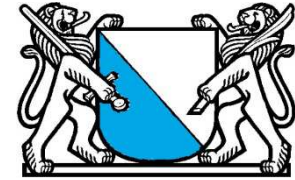
Es referieren

- Franziska Käch Amsler, lic. iur.
Richterin II. Kammer
- Stefanie Lienhart, lic. iur.
Ersatzrichterin / Gerichtsschreiberin II. Kammer
- Sabine Tiefenbacher, lic. iur.
Gerichtsschreiberin / Kammersekretärin II. Kammer

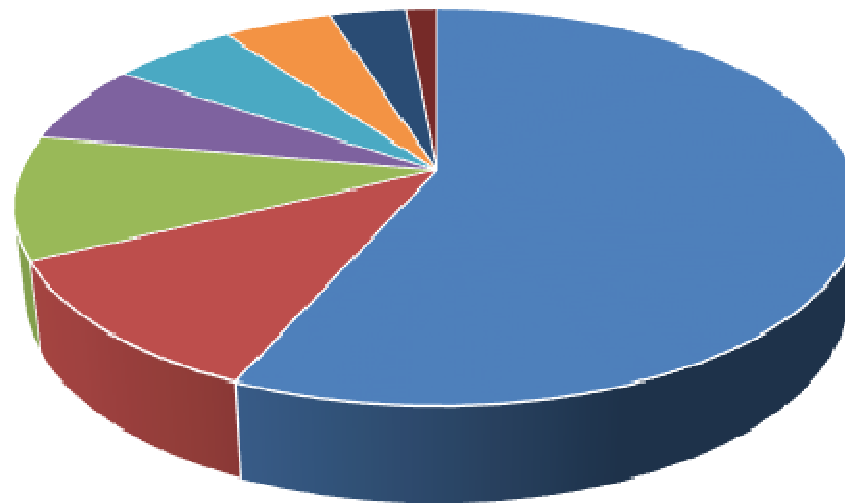


Eckdaten ZH

- kantonales Versicherungsgericht (ATSG 57) = Spezialverwaltungsgericht im Bereich der Sozialversicherung
- in Betrieb seit 1995 (vorher: Milizsystem)
- Sitz in Winterthur
- ~ 70 Beschäftigte, ~ 14 Mio Franken Budget
- 10 Richter/innen-Stellen, ~ 38 Stellen juristisches Sekretariat, ~ 10 Stellen administrative Kanzlei
- 4 Kammern (= Abteilungen)
- aktuell: ~ 2'500 Eingänge und Erledigungen pro Jahr, ~ 2'300 Pendenzen

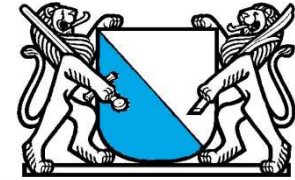


Rechtsgebiete

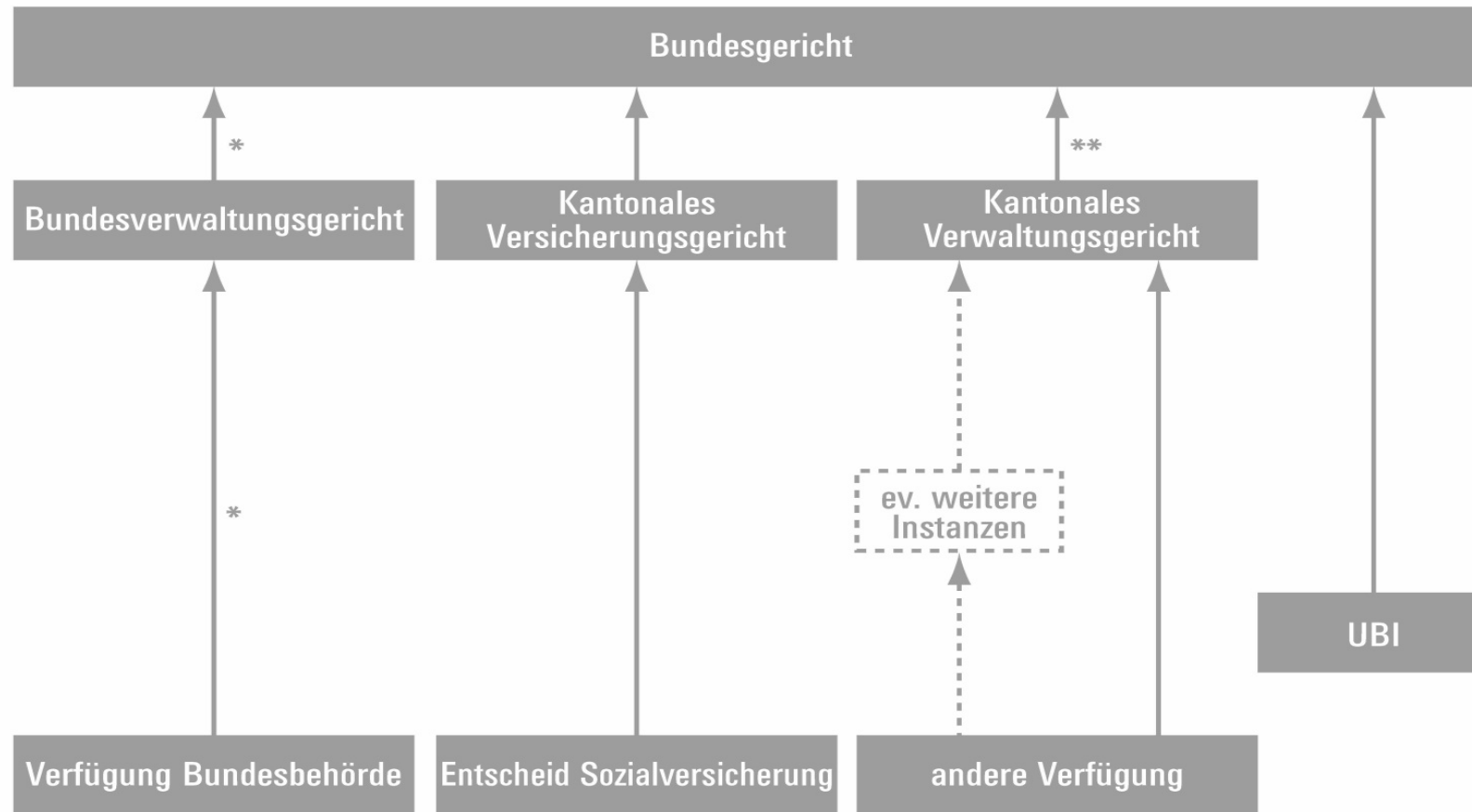


■ IV ■ UV ■ AL ■ KVG ■ ZL ■ AHV ■ BVG ■ diverse

Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich

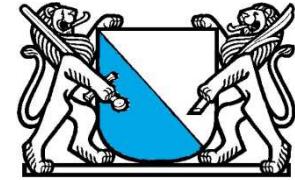


Öffentliches Prozessrecht: Instanzenzug



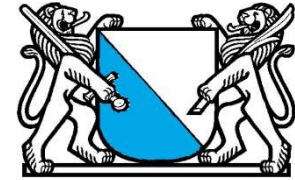
* Ausnahmen nach Sachgebieten

** Ausnahmen, ev. Verfassungsbeschwerde



Verfahren Sozialversicherungsrecht: Übersicht

versicherte Person	Versicherungsträger	
Anmeldung		Verwaltungsverfahren
	Abklärung	
	Verfügung	
Einsprache		Einspracheverfahren
	Einspracheentscheid	
Beschwerde		Gerichtsverfahren



Verfahren: Etappen

- **Invalidenversicherung:** (Vorbescheid →) Verfügung
- **übrige*:** Verfügung → **Einsprache** → Einspracheentscheid



Beschwerde

kantonales Versicherungsgericht

- umfassende Sachverhaltsabklärung
- Rechtsanwendung von Amtes wegen (iura novit curia)

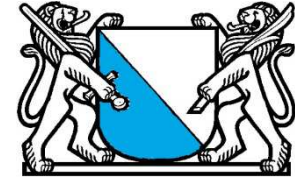


Beschwerde

Bundesgericht (sozialrechtliche Abteilungen, Luzern)

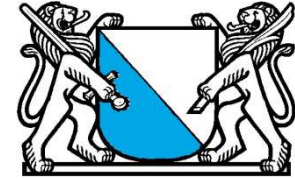
- nicht Sachverhalt, nur Rechtsfragen (ausser UV, MV)

* ohne berufliche Vorsorge



Einsprache- / Beschwerdeverfahren

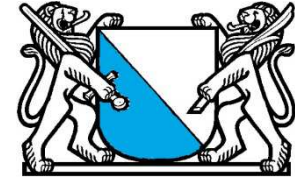
- **Verfügung** (Art. 49 ATSG)
- **Einsprache** (Art. 52 ATSG)
- **Beschwerde** (Art. 56 ATSG)
 - an kantonales Versicherungsgericht (Art. 57 ATSG)
 - an Bundesgericht (Art. 62 ATSG, Art. 82 ff. und 90 ff. BGG)



Sonderfall IV: Vorbescheid

Art. 57a Abs.1 IVG Vorbescheid

Die IV-Stelle teilt der versicherten Person den vorgesehenen Endentscheid über ein Leistungs-begehren oder den Entzug oder die Herabsetzung einer bisher gewährten Leistung mittels **Vorbescheid** mit. Die versicherte Person hat Anspruch auf rechtliches Gehör im Sinne von Artikel 42 ATSG.

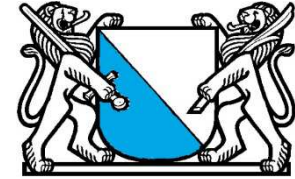


Sonderfall IV: Verfügung → Beschwerde

Art. 69 IVG Besonderheiten der Rechtspflege

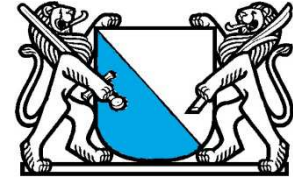
¹ In Abweichung von den Artikeln 52 und 58 ATSG sind die nachstehenden Verfügungen wie folgt anfechtbar:

- a. Verfügungen der kantonalen IV-Stellen: **direkt** vor dem **Versicherungsgericht** am Ort der IV-Stelle;
- b. Verfügungen der IV-Stelle für Versicherte im Ausland: direkt beim Bundesverwaltungsgericht.



Spezialfall berufliche Vorsorge

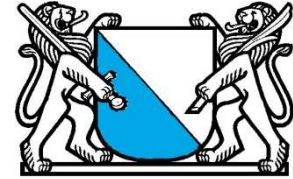
- Briefe statt Verfügungen
- keine Begründungspflicht
- **Klageverfahren** (Art. 73 BVG)
 - kantonales Gericht → Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten Bundesgericht
 - einfaches, rasches Verfahren
 - in der Regel kostenlos
 - Sachverhaltsfeststellung von Amtes wegen



Von der Beschwerde bis zum Urteil

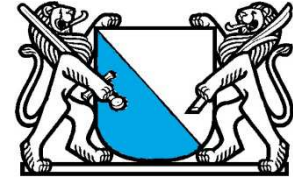
Beginn der Fallbearbeitung

- Eingang der Beschwerde gegen den Entscheid (Einspracheentscheid / Verfügung) eines Versicherungsträgers
- Zuteilung des Falles an einen Gerichtsschreiber / eine Gerichtsschreiberin (GS)



Prüfung der Prozessvoraussetzungen

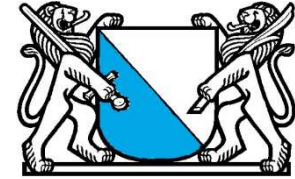
- formale Anforderungen: Originalunterschrift, Antrag / Begründung
- örtliche und sachliche Zuständigkeit des Gerichts
- Rechtzeitigkeit der Beschwerde (Fristwahrung)
- Aktiv- / Passivlegitimation



Einbezug der Gegenpartei

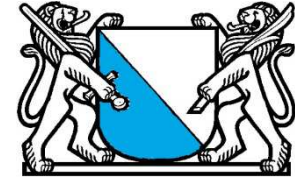
Einholen von

- Beschwerdeantwort
- Akten der Beschwerdegegnerin
(Versicherungsträger)



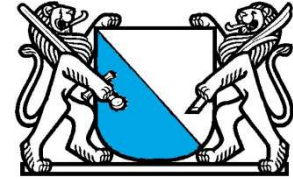
Summarische Prüfung des Falles I

- Ist ein zweiter Schriftenwechsel beantragt und notwendig?
- Kann aufgrund der vorliegenden Akten entschieden werden oder müssen weitere Akten (zum Beispiel eines anderen Versicherers) beigezogen werden?
- Sind prozessuale Anträge zu behandeln (z.B. Antrag auf unentgeltliche Prozessführung / Rechtsvertretung)?



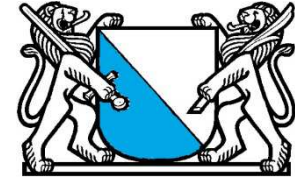
Summarische Prüfung des Falles II

- Verfahren grundsätzlich schriftlich
- Ist ausnahmsweise eine Verhandlung durchzuführen? Instruktionsverhandlung?
- Sind Dritte (z.B. PK) zum Verfahren beizuladen?
- Sind Beweise zu erheben (z.B. Anordnung eines Gutachtens)?



Abschluss Schriftenwechsel

- wenn das Gericht anhand der vorhandenen Unterlagen den Entscheid fällen kann
- oftmals gekoppelt mit einem Entscheid über prozessuale Anträge



Zusammenarbeit

- Grundsätzlich Dreiergremium: Vorsitzender, Referent, Co-Referent
- Ausnahme Einzelrichterfälle (Streitwert unter Fr. 20'000.-)
- Referent/in = fallzuständige/r Richter/in
- (formell) Entscheid bei bestimmten Zwischenschritten
- Erstadressat/in Urteilsantrag (in der Regel von GS verfasst) → allfälliger Änderungs- / Verbesserungsbedarf
- Zirkulation
- Eventuell Beratung